

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/KIX/107

Bonn, den 9. Juni 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Nun wissen wir es ganz genau ...

70

Das "soziale" Mietrecht und die erstaunlichen Erkenntnisse
eines prominenten CDU-Politikers
Von Reinhard Schuele

2

Gelockerter Eiserner Vorhang

27

Prag und Wien erwägen gemeinsame Televisions-Sendungen

3 - 4

Bundesminister a.D. von Keerkatz und die UNESCO

74

... hat Zeit und spricht französisch ...
Qualifikationen in der deutschen Kulturdiplomatie

4

Schlußstrich unter Raub

26

Für Schindler kein Platz in der Bundeswehr

5 - 6

Schiffe mit Atom-Antrieb

73

Erstes deutsches "Atomship" läuft in Kiel bald vor Stapel
64 000 Kilometer ohne zu "tanken"

Von Karl Meyer

Nun wissen wir es ganz genau ...

Das "soziale" Mietrecht und die erstaunlichen Erkenntnisse
eines prominenten CDU-Politikers
Von Reinhard Scheele

Der Bundestag hat am 4. Juni 1964 in dritter Lesung auch das Zweite Gesetz zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten verabschiedet. Damit ist das Miet- und Wohnrecht zunächst einmal abschliessend neu geregelt. Nach Auffassung der Sozialdemokraten ist es jedoch gegenüber den bisherigen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Zivilprozessordnung nur völlig unzureichend geändert worden; schon gar nicht verdient es die Bezeichnung "sozial". In dieser Auffassung sahen sich die Sozialdemokraten schon bisher durch die öffentliche Meinung bestärkt. Eine weitere Bestätigung für die Richtigkeit erhielten sie vor einigen Tagen erneut; allerdings von einer Seite, von der sie kaum zu erwarten war.

Dr. Hans Illau, Vorstandsmitglied des CDU-Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik, kritisiert das neue Miet- und Wohnrecht in der FRANKFURTER NEUCH PRESSE vom 26. Mai 1964 mit einer Deutlichkeit, die kaum etwas zu wünschen übrig läßt. Nach seinen Worten hat die Mehrheit des Bundestages - die ja im wesentlichen von seinen Parteifreunden gestellt wird - ein Gesetz verabschiedet,

- * "das zwar auf der einen Seite endlich den Vermietern angemessene Rechte gegenüber rentirenden Mietern gibt, auf der anderen Seite nur aber plötzlich den Mieter ganz unzulänglich gegen die Willkür gewissenloser und brutaler Vermieter schützt, die ihre überstarke Position auf einem bei weitem noch nicht ausgeglichenen Wohnungsmarkt mißbrauchen."

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Ebenso wenig wie seinen Argumenten im einzelnen, wurden sie doch auch längst von den Sozialdemokraten bei den Beratungen vorgebracht. Insofern bliebe nur der mutigen Kritik eines prominenten CDU-Wirtschaftspolitikers an einem Gesetz, das mit großer Leidenschaft eben von Abgeordneten der CDU/CSU mit Bundesminister Lücke an der Spitze durchgesetzt wurde, die nötige Achtung zu zollen.

Erstaunen dagegen ruft die von Dr. Illau vorgebrachte Begründung, daß ein solch unzulängliches Gesetz verabschiedet werden konnte, hervor. Nicht seine politischen Freunde im Bundestag sind dafür verantwortlich, sondern nur die relativ wenigen mietrechtspolitischen Aktivisten der CDU/CSU-Fraktion, die es durch das Versagen der Opposition leicht hatten, mit dem Schlagwort "Marktwirtschaft" ihre Fraktion hinter sich zu bringen.

Diese Begründung ist wohl einer kleinen Durchleuchtung wert, ergeben sich daraus doch folgende nicht ganz uninteressante Aspekte: Einmal scheint es so, daß die Meinungsbildung in der CDU/CSU-Fraktion in der Weise vor sich geht, daß eine kleine Minderheit unter Verwendung wohlklingender Begriffe der Mehrheit eine Meinung aufzwingt, die sie bei sachlicher Erwägung aller Umstände nicht akzeptieren würde.

Zum anderen ist dieser Begründung zu entnehmen, daß, wenn die Opposition "versagt" - was ja nur bedeuten kann, daß sie sich nicht

rührt - schlechte Gesetze verabschiedet werden, daß also gute Gesetze allein der tatkräftigen Mitarbeit der Opposition zu verdanken sind. Auf dieses Kompliment könnten die Sozialdemokraten durchaus stolz sein, wenn damit die Dinge nicht etwas zu einfach und vor allem vollkommen unzutreffend gezeichnet wären.

Gerade hinsichtlich des neuen Miet- und Wohnrechts hat sich die sozialdemokratische Bundestagsfraktion mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bemüht, die Verwirklichung des Lücke-Plans zu einem ihrer Ansicht nach verfrühten Zeitpunkt zu verhindern und, als ihr dies nicht gelungen war, das neue Miet- und Wohnrecht sowohl bei den Ausschuß- wie auch bei den Plenarberatungen durch zahlreiche Änderungs- vorschläge so zu gestalten, daß es tatsächlich als "sozial" bezeichnet werden könnte. Bis auf wenige Ausnahmen wurden die Änderungsanträge der Sozialdemokraten von der CDU/CSU **a b g e l e h n t**.

Wenn hier also ein schlechtes Gesetz geschaffen wurde, so ist es eben nicht auf ein "Versagen" der Opposition zurückzuführen, sondern auf den Mangel an Einsicht und den Machtwillen der Abgeordneten der anderen Parteien.

Bedauerlich ist es, - und **h i e r** sollte Herr Dr. Ilau an- setzen - daß kleine Kreise innerhalb der CDU/CSU, die "allzu einseitig Hausbesitzerinteressen vertreten", unter fadenscheinigen Vorwänden die Gesamtheit der CDU/CSU-Fraktion daran gehindert haben, durch Annahme der sozialdemokratischen Änderungsvorschläge ein gutes Gesetz zu verabschieden.

+ + +

Gelockerter Eiserner Vorhang

So - Was noch vor wenigen Jahren undenkbar erschien, wird nun zur greifbaren Wirklichkeit - ein kommunistisch regierter Staat, die Tschechoslowakei, verhandelt mit dem österreichischen Rundfunk, dem Rundfunk eines westlichen Landes, über gemeinsame Televisionsübertra- gungen. Die Verhandlungen sind so gut wie abgeschlossen, die erste ge- meinsame Übertragung soll im August dieses Jahres erfolgen. Dabei hat Wien Prag wissen lassen, es dürften aus den Vereinbarungen keine poli- tischen Konsequenzen gezogen werden und Wien sei nicht bereit, ein Programm abzunehmen, das auch nur in unterschwelliger Form Propaganda enthält. Diese Vereinbarung über eine gemeinsame Rundfunkproduktion von Tschechen und Österreichern ist das Ergebnis einer Informations- reise von Vertretern des Wiener Rundfunks nach Prag und Warschau. Viel- leicht werden auch andere Ostblockländer diesem Beispiel folgen. Das ebenfalls kommunistisch regierte Ungarn fürchtet die Begegnung mit dem Westen nicht mehr wie in früheren Jahren. So dürfen in der Zeit von 15. Juni bis 15. September Touristen, die im Besitz eines gültigen Reisepasses sind, die grenznahen Städte Odenburg, Steinamanger und Güns besuchen, allerdings nur für einen Tag und nach Hinterlegung eines Betrages von 22 DM. So geringfügig diese Erleichterung in west- licher Sicht auch sein mag, so ungeheuer viel bedeutet sie für die hinter dem Eisernen Vorhang lebenden Menschen. Die Wiener, die zu vie- len Tausenden während der Osterfeiertage nach Preßburg strömten, wur- den als Wesen aus einer anderen Welt bestaunt, und wo immer sie hin- kamen, standen sie im Mittelpunkt unzähliger neugieriger Fragen. Es erwies sich daß die kommunistische Tünche wegfällt, wenn alte, histo- risch gewachsene Bindungen, wenn auch nur für einige Tage, wieder sichtbar werden.

+ + +

Bundesminister a.D. von Meerkatz und die UNESCO

... hat Zeit und spricht französisch ...

Qualifikationen in der deutschen Kulturdiplomatie

sp - Die 20. Hauptversammlung der deutschen UNESCO-Kommission in Trier war am vergangenen Wochenende gerade dabei, routinemäßig die Zu- und Wiederwahl neuer und alter Mitglieder gemäß der Tagesordnung abzuwickeln, als die amtierende Vorsitzende, Frau Dr. Schlüter-Hermkes den Namen von Bundesminister a.D. Dr. von Meerkatz vortrug. Zögernd erhoben sich einige Hände. Die Wahl - unklar - mußte wiederholt werden. Zuvor jedoch beehrten die 35 erschienenen Kommissionsmitglieder, die bisher alle Vorgeschlagenen einstimmig gewählt hatten, eine nähere Begründung für diesen in ihren Augen offenbar ungewöhnlichen Wahlvorschlag zu erfahren.

Der Vertreter der Bundesregierung erhob sich, um der Versammlung zu versichern, "man brauche doch immer Leute, die Zeit hätten und nicht so überlastet seien, wie die meisten der dem Professoranstand oder der Wissenschaft angehörenden Mitglieder. Herr von Meerkatz sei eine Persönlichkeit, "die nicht nur Zeit hat, sondern überdies noch der französischen Sprache mächtig ist". Nach Darlegung dieser eindrucksvollen Qualifikationen, schritt man erneut zur Abstimmung. Ergebnis der Abstimmung durch Handheben: 14 Stimmen für Meerkatz, sieben Stimmen gegen ihn und neun Enthaltungen. Da die Satzung der deutschen UNESCO-Kommission bestimmt: "Beschlüsse der Hauptversammlung werden mit der Mehrheit der erschienenen Mitglieder gefaßt", war das Quorum für eine Aufnahme des Bundesministers a.D. eindeutig nicht erreicht worden. Eine Mehrheit des ehrenwerten Gremiums sprach sich daraufhin in großzügigster Auslegung seiner eigenen Satzung, eine relative Mehrheit gelten zu lassen und die Zuwahl des Herrn von Meerkatz zu sanktionieren.

Der Hintergrund dieses Zwischenspiels in Trier ist freilich ernster Natur. Die Bundesregierung, die den Vorsitzenden des Exkretoriats der in Madrid domizilierenden Abendländischen Akademie der WdA von Meerkatz schon gelegentlich in diplomatischer Mission verwendet hat, möchte den ehemaligen Minister zum Chef der deutschen Delegation bei der kommenden im Oktober beginnenden UNESCO-Generalkonferenz in Paris ernennen und ihn darüber hinaus bei nächster Gelegenheit zum deutschen Vertreter im Exekutivrat der UNESCO wählen lassen. Was Außenminister Schröder, der einer beweglichen Politik gegenüber unseren östlichen Nachbarn das Wort redet, dazu veranlaßt, ausgerechnet einen Mann in die UNESCO zu schicken, der auf die Vertreter der Oststaaten, die in der UNESCO einen großen Einfluß ausüben, wie eine Provokation wirkt, ist unerfindlich. Hinzu kommt, daß von Meerkatz über keinerlei Erfahrung dieser Art Kulturarbeit verfügt, wie sie von der UNESCO vollzogen wird und auch keinerlei Resonanz bei jenen Leuten hat, die innerhalb der Bundesrepublik die Sache der UNESCO vertreten. Die Ernennung des Herrn von Meerkatz würde daher ein neuerlicher Beweis dafür sein, daß der Bundesaußenminister fortfährt, unsere internationalen Kulturbeziehungen als nebensächlich zu betrachten.

Ausserdem beabsichtigt Außenminister Schröder wie schon erwähnt, Herrn von Meerkatz als neuen deutschen Kandidaten für den Exekutivrat der UNESCO zu benennen, "eine Absicht, deren Verwirklichung mit Sicher-

9. Juni 1964

heit zum Verlust dieses für die Bundesrepublik ausserordentlich wichtigen Sitzes führen würde, da die Bundesrepublik im Gegensatz zu den USA, der UdSSR, Frankreich und England keinen ständigen Sitz im Exekutivrat hat und bisher nur wegen der Persönlichkeit unseres Greniums gewählt wurde, welche die deutsche UNESCO-Sache vertraten. Der bisherige letzte deutsche Vertreter, Botschaftsrat Professor von Simson, genießt ein solches Ansehen bei der UNESCO, daß ihn sogar der Bundesrepublik nicht gewogene Neutrale und Vertreter von Ostblockstaaten wieder wählen würden. Er will jedoch nicht wieder kandidieren. Entgegen der Befürwortung seines Staatssekretärs Lahr hat Minister Schröder es abgelehnt, Herrn von Simson den geforderten Gesandtentitel zu verleihen. Simsons Forderung ist jedoch berechtigt, da alle Staaten in der UNESCO durch Botschafter und Gesandte vertreten sind und nur die Bundesrepublik sich durch einen Botschaftsrat repräsentieren läßt, was eine Reihe von Nachteilen zeitigt. Außerdem beabsichtigte das Auswärtige Amt ursprünglich von Simson nur als Lokomotive zu benutzen. Er sollte nämlich einige Zeit nach erfolgter Wahl zurücktreten, um so von Meerkatz sozusagen durch die Hintertür in den Exekutivrat der UNESCO zu befördern.

Was Minister Schröder veranlaßt, entgegen dem Rat aller in UNESCO-Dingen erfahrenen Mitarbeitern durch die Verwirklichung seiner personal-politischen Absichten, die deutsche Position bei der UNESCO aufs Spiel zu setzen und dadurch die Abwehrmöglichkeiten gegenüber der von der UdSSR ständig betriebenen Politik der internationalen Aufwertung der SBZ gefährlich zu schwächen, ist unbegreiflich.

+ + +

Schlußstrich unter Raub

Für Schinder kein Platz in der Bundeswehr

sp - Das Berufungsgericht hat dem ehemaligen Hilfeausbilder Raub mit nur geringfügiger Strafausmaßkürzung erneut bestätigt, daß er ein Schleifer gewesen ist. Kurz zuvor war sein Idol, Oberleutnant Schallwig, der auch das Idol anderer irrefeleiteter "Elite-Soldaten" in Uniform und Zivil gewesen war und sogar zum Teil noch ist, wegen Belügung des Gerichts ebenfalls zu Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden.

Diese beiden Urteile bedeuten einen gewissen Abschnitt in einem der unangenehmsten Kapitel der sehr bewegten Geschichte unserer jungen Bundeswehr. Beide, der Gefreite und der Oberleutnant, haben, wenn man sich an die Grundsatzmaßstäbe hält, die der Wehrbeauftragte und der Bundesverteidigungsminister für Unterführer und Führer unserer Streitkräfte gesetzt haben, nichts mehr in der Bundeswehr zu suchen. Sie haben sich beide als Männer erwiesen, die in jeder Beziehung im direkten Gegensatz zu der unadringbaren These des "neuen Stils" unserer Streitkräfte stehen, für deren inneren und äusseren Aufbau die Grundsätze der inneren Führung absolut verbindliche Richtlinien sind. Die Feststellung, daß weder Raub noch Schallwig künftighin Platz in der Bundeswehr haben dürfen, erfolgt hier nicht von ungefähr. Zumindest von Raub liegen schon Erklärungen vor, daß er gern wieder die Uniform anziehen möchte. Im Interesse der Bundeswehr ist aber zu hoffen, daß sich keiner ihrer Angehörigen mit diesem Wunsche identifiziert. Irgendwo muß endlich einmal ein Schlußstrich gezogen werden.

+ + +

Schiffe mit Atom-Antrieb

Erstes deutsches "Atomschiff" läuft in Kiel bald vom Stapel

Von Karl Meyer

In wenigen Tagen wird in Kiel das erste deutsche "Atomschiff" vom Stapel laufen. Der Zufall will es, daß - wenige Tage darauf - das erste atomare Handelsschiff der Welt, die amerikanische "Savannah", in deutschen Häfen anlegen wird. Deshalb versteht es sich fast von selbst, wenn plötzlich Fragen da sind: Wie steht es mit der Atomschifffahrt in der Welt? Hat sie gehalten, was die Propheten versprochen? Kann man schon Zahlen hören?

Schon 50 Atomschiffe?

Offizielle Zahlen liegen nicht vor. Wenn wir aber alle Informationen, die in den letzten Jahren zu haben waren, sorgfältig überprüfen und wenn wir dann - anders geht es nicht - ein wenig über den Dامن peilen, dann könnte sich eine Gesamtzahl von rund fünfzig Atomschiffen ergeben, die im Dienst stehen, vielleicht ein paar mehr, vielleicht ein paar weniger. Was vorhanden ist, reicht in jedem Falle aus, sagen zu dürfen: jawohl, die Atomschifffahrt ist da, die Zukunft hat schon begonnen.

Freilich sind alle diese Schiffe - bis auf zwei - regelrechte Kriegsschiffe. Die eine Ausnahme ist die "Savannah", deren Deutschland-Besuch jetzt bevorsteht; die andere ist der russische Eisbrecher "Lenin", der im April 1959 fertig wurde und nach allem, was zu hören ist, in den arktischen Meeren imponierende Arbeit verrichtet.

Zunächst hauptsächlich U-Boote

Als Tatsache darf auch bezeichnet werden, daß die Mächte, soweit sie auf diesem Gebiet überhaupt aktiv wurden, mit großem Nachdruck bei der Arbeit sind. Als im Juli 1963 auf der Werft von Groton, Connecticut, ein Streik ausbrach, war von elf atomaren U-Booten die Rede, die dort gerade im Bau gewesen seien.

Diese Einzelheit gibt einen Begriff von den Ausmaßen, um die es sich hier, wenigstens bei den Amerikanern, handelt. Koch deutlicher wird es vielleicht durch eine offizielle Darstellung des Amerika-Dienstes vom August 1963. Es heißt da: "Gegenwärtig verfügen die USA über 25 im aktiven Dienst stehende Atom-U-Boote ... Das Endziel ist eine Flotte von 41 derartigen Schiffen." - Auch die Russen haben atomare U-Boote gebaut. Die Briten und Franzosen arbeiten daran, ferner auch einige andere Mächte. Von den Einheiten, die schon im Dienst stehen, gehört die überwiegende Zahl den Amerikanern.

Triumph und Katastrophe

Das erste Atomschiff der Welt war die sagenhafte *K a u t i l u s*, die schon 1956 ihre ersten Probefahrten zurücklegte, darunter eine von

9. Juni 1964

64.000 km Länge, - mehr als einmal um die ganze Erde herum und die Hälfte davon unter Wasser; alles ohne unterwegs Brennstoff nehmen zu müssen. - 1957 unternahm sie die berühmt gewordene Fahrt von der Behringstrasse nach England. - gewissermaßen immer vor der Küste Sibiriens, fünfeinhalb Tage unter dem Eis der Polarkappe mit einer "Pause" unter dem Nordpol. - Es wurden viele interessante Einzelheiten bekannt, die sich gerade am Pol und über dem Pol zutragen. Im März 1959 tauchte dort die "Skate" auf, um die Asche des kurz vorher gestorbenen Polarforschers Sir Hubert Wilkins dem ewigen Eise zu übergeben. Im August 1960 stieg die Mannschaft der "Seadragon" aus, um ein Polar-Baseballspiel auszutragen - bei herrlichem Sonnenschein übrigens, wenn auch bei zwei Grad minus. Am 2. August 1962 trafen sich am Pol zwei Boote, von denen das eine vom Atlantik, das andere vom Pazifik kam.

In einer solchen Liste darf nicht die Katastrophe fehlen, die sich erst im April des vorigen Jahres zutrug: der Untergang des atomaren U-Bootes "Ehrliche" - mit 129 Mann an Bord.

"Enterprise" - 2 Milliarden DM !

Inzwischen haben die Amerikaner weitere atomare Schiffe gebaut, - um Namen zu nennen, den Kreuzer "Long Beach" und den Flugzeugträger "Enterprise", der als das größte Kriegsschiff der Welt bezeichnet wird und wohl auch das teuerste ist. Das Schiff kostete mehr als zwei Milliarden Mark.

Es ist ein teurer Sport, atomare Schiffe zu bauen. Aber das ist ein Gesichtspunkt, der bei der Kriegsmarine nicht zählt. Von der eleganten "Savannah" wird offen gesagt, daß sie mehr als viermal so teuer sei wie ein herkömmliches Handelsschiff von gleicher Größe.

A-Handelsschiffe bald "billiger" ?

Die Fachleute werden nicht müde, zu erklären, daß es mit den hohen Kosten bald bergab gehen werde, ja, daß eines Tages auch die Wirtschaftlichkeit - bei Handelsschiffen wenigstens - gegeben sein werde. Wie dem auch sei, ein Vorteil der atomaren Schifffahrt ist immer wieder und zwar sehr eindrucksvoll demonstriert worden: der sparsame Brennstoff-Verbrauch, praktisch beinahe so etwas wie eine Unabhängigkeit vom Brennstoff. Von der "Savannah" wird gesagt, sie sei in der Lage, vierzehnmal um die Erde zu fahren, ohne "Nachtanken" zu müssen.

Das alte Scherzwort der Atomleute ist zur Wirklichkeit geworden: Der Treibstoff? - den bringt der Kapitän in der Aktentasche mit.